



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

MEINE STIMME FÜR EUROPAS ZUKUNFT

UMWELTPOLITISCHE FORDERUNGEN

FÜR DIE EUROPAWAHL 2019

© F. Hennek



MEINE STIMME FÜR EUROPAS ZUKUNFT

UMWELTPOLITISCHE FORDERUNGEN FÜR DIE EUROPAWAHL 2019

Europa hat viel erreicht: Frieden, Wohlstand, Sicherheit. Nun geht es darum, die Europäische Union (EU) den nächsten Schritt gehen zu lassen und aus dem alten Kontinent eine natur- und menschenfreundliche Wertegemeinschaft werden zu lassen. Die EU steht vor einem grundlegenden Wandel der bisherigen Wirtschaftsweise, wenn wir nicht die Lebens- und Produktionsgrundlagen für 500 Millionen Menschen vernichten wollen. Mit den internationalen Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris sowie der Agenda 2030 von New York hat die Weltgemeinschaft sich auf Nachhaltigkeit als zentrale Leitlinie der Politik geeinigt. Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) müssen die Grundlage für die Zukunft Europas bilden und konsequent umgesetzt werden. Um den UN-Nachhaltigkeitszielen gerecht zu werden, muss die EU insbesondere ihre Agrarpolitik grundlegend reformieren, den Schutz der biologischen Vielfalt stärken, soziale Gerechtigkeit durchsetzen sowie die Energie- und Klimaziele an die Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens anpassen und endlich umsetzen.

Die EU steht vor einem grundlegenden Wandel der bisherigen Wirtschaftsweise, wenn wir nicht die Lebens- und Produktionsgrundlagen für 500 Millionen Menschen vernichten wollen.

Das Brexit-Votum Großbritanniens und die erstarkenden rechtspopulistischen und europafeindlichen Strömungen haben grundsätzliche Fragen zur künftigen Ausrichtung der Europäischen Union und ihrer gemeinsamen Werte aufgeworfen.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen – wie der Klimawandel, die ökologische Krise, die globalen Flucht- und Wanderungsbewegungen, die Abhängigkeit von Ressourcenimporten, die soziale Ungleichheit oder die Folgen von Finanz- und Wirtschaftskrisen – können die Mitgliedstaaten nur durch gemeinsames Handeln lösen. Die Menschen in Europa brauchen die EU heute mehr denn je. Die Europäische Union kann aus der Krise nur gestärkt hervorgehen, wenn sie sich weiter demokratisiert, gerechter und insgesamt nachhaltiger wird. Dafür sind unsere gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament von maßgeblicher Bedeutung.

Eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft sowie eine lebenswerte, intakte Umwelt haben das Potenzial, das verbindende Element für ein zukunftsfähiges und demokratisches Europa zu werden.

In den kommenden fünf Jahren muss die EU einen ökologischen, sozialen und politischen Umbau einleiten und voranbringen. Die EU benötigt eine nachhaltige Energie- und Verkehrswende, eine konsequente Dekarbonisierung der Industrie sowie eine grundlegende Neuausrichtung der Agrarpolitik, die durch eine Offensive im Natur- und Artenschutz unterstützt wird. Ziel dabei ist, deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen zu verbrauchen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen hier und weltweit zu erhalten.

DEMOKRATISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT DER EU VORANTREIBEN

Um weiterhin sicher und gut leben zu können, muss der Mensch innerhalb kritischer und fester Grenzen der Umwelt wirtschaften. Jedes Jahr verbraucht die Menschheit alle natürlichen und erneuerbaren Ressourcen für ein Jahr früher und früher. Die EU muss sich schnell und konsequent auf den Weg der Nachhaltigkeit

begeben und ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren. Doch obwohl Europa ein Sehnsuchtsort ist, nehmen Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung und Europaskeptizismus zu. Deshalb muss die EU die Menschen verstärkt in den Mittelpunkt der Politik stellen. Dazu sind der Abbau von Demokratiedefiziten und der Aufbau einer echten Transparenz von Entscheidungsfindungen in und zwischen den Institutionen sowie die vollständige Umsetzung von Gesetzgebungen und deren konsequenter Vollzug entscheidend. Wirtschaft und Wirtschaften dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen dem Wohl aller Menschen dienen und dürfen dabei die Umwelt nicht schädigen. Ein wichtiger Politikbereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger schätzen, was die EU tut, ist der Umweltschutz. Denn die Menschen haben längst erkannt: Saubere Luft, unbelastetes Wasser, eine intakte Natur und eine giffreie Umwelt sind nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame Mindeststandards zu gewährleisten. Die EU braucht daher einen ehrlichen Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Stärken Sie die EU, machen Sie die Vision der Europäischen Union zu einer Vision ihrer Bürgerinnen und Bürger und zum globalen Vorbild für soziale Gerechtigkeit.
- Gestalten Sie einen wirksamen Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten. Sorgen Sie dafür, dass die EU das Thema Nachhaltigkeit als übergreifendes und prioritäres Leitprinzip verinnerlicht und zielbewusste Maßnahmen beschließt, um die UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen.
- Bekräftigen Sie die Forderung des 8. Europäischen Parlaments, dass sich der Finanzrahmen der EU klar an den UN-Nachhaltigkeitszielen orientieren muss – schließlich ist das Budget ein Mittel, um Politik zu gestalten.
- Wirken Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte hin. Das Einstimmigkeitsprinzip verhindert progressive Politik. Dadurch wird die EU handlungsfähiger und weniger durch Partikularinteressen einzelner Staaten blockiert.
- Machen Sie sich stark für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und sorgen Sie für die Einführung von Verschmutzungsabgaben.
- Sorgen Sie für eine bessere Umsetzung und einen besseren Vollzug der EU-Gesetzgebung, anstatt weitere Deregulierung zugunsten der Wirtschaft zu fördern.
- Fordern Sie ein ambitioniertes 8. Umweltaktionsprogramm und dessen Umsetzung. Denn die EU benötigt Rahmenvorgaben für die Umweltpolitik, in denen umweltpolitische Ziele durch ein strategisches Grundgerüst mit konkreten Aktionsmaßnahmen formuliert und festgeschrieben werden.
- Machen Sie sich dafür stark, dass die EU eine Handelspolitik verfolgt, die durch transparente Entscheidungsprozesse gekennzeichnet ist und die Ziele einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung nicht konterkariert
- Setzen Sie sich für eine demokratische und für die Menschen greifbare EU mit sowohl transparenten als auch nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen ein. Lobbyismus muss offengelegt und reguliert werden - nicht nur durch ein verbindliches Register.
- Sorgen Sie dafür, dass bei umweltrelevanten Gesetzgebungsverfahren alle betroffenen Generaldirektionen, Ratsformationen und Ausschüsse einbezogen werden müssen.
- Unterstützen Sie eine partizipative EU, die im Umweltbereich die Vorgaben der Aarhus-Konvention zur frühzeitigen Bürger- und Verbandsbeteiligung vollständig umsetzt. Dies führt zu besseren Entscheidungen und zur Vermeidung von Planungskonflikten.

FÜR EINE NACHHALTIGE ENERGIEWENDE UND DIE UMSETZUNG DER KLIMAZIELE VON PARIS

Die Bekämpfung der menschengemachten Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Um das global vereinbarte Ziel des Pariser Abkommens von deutlich unter 2 Grad, möglichst sogar 1,5 Grad Erderhitzung zu erreichen, muss die EU ihre Anstrengungen in der Klimapolitik erheblich steigern. Nur durch eine deutlich höhere Treibhausgasreduktion trägt die EU ihren fairen Anteil an der Umsetzung des Klimaschutzabkommens. Dazu benötigt die EU zeitnah eine ambitioniertere und langfristige Klimaschutzstrategie, deren Ziel die weitgehende Klimaneutralität bis 2050 sein muss. Dies kann nur über eine Verschärfung der EU-Klimaschutzziele für 2030 und die Verabschiedung und konsequente Umsetzung wirkungsvoller Maßnahmen gelingen.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Das aktuelle Klimaziel der EU (40 Prozent Reduktion bis 2030 gegenüber 1990) steht nicht im Einklang mit den Pariser Zielsetzungen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad bzw. auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die EU muss nach neuesten Studien ihre Treibhausemissionen um rund 70 Prozent bis 2030 und um mindestens 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 verringern, um einen fairen Beitrag zum 1,5 Grad-Ziel zu leisten. Setzen Sie sich dafür ein, das europäische Emissionsreduktionsziel für 2030 auf mindestens 55 Prozent zu verschärfen.
- Das Ambitionsniveau bei den Novellierungen des europäischen Emissionshandels und der Lastenteilung sind für den Zeitraum von 2021 bis 2030 nicht angemessen, um ein ausreichend investitionsrelevantes Preissignal auszusenden. Auch gibt es derzeit keine Technologien, die CO₂ dauerhaft, sicher, nachhaltig und finanziell tragbar aus der Atmosphäre entfernen können. Die jährliche Absenkung der ausgegebenen Emissionserlaubnisse sollte in der nächsten EU-Legislatur deutlich ambitionierter werden. Unterstützen Sie, dass zunächst ein regionaler CO₂-Mindestpreis in Höhe von mindestens 30 EUR/t für den Stromsektor ab 2020 eingeführt und im Zeitverlauf kontinuierlich angehoben wird.
- Unterstützen Sie die Minderung des Energieverbrauchs sowie die Steigerung der Energieeffizienz um 40 Prozent und den Ausbau von erneuerbaren Energien auf einen Mindestanteil von 45 Prozent am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2030. Die tragenden Säulen der künftigen Energieversorgung sind Sonnen- und Windenergie. Sorgen Sie für einen schnellen, naturverträglichen und nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Schaffen Sie Anreize für eine dezentrale, von EU-Bürgerinnen und -Bürgern getragene Energiegewinnung, die gänzlich auf erneuerbaren Energiequellen basiert. Energieeinspar- und -effizienzmaßnahmen müssen sowohl im Wohnbereich als auch im produzierenden Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Verkehr durch entsprechende Zielvorgaben, Mindestanforderungen und Anreize umgesetzt werden.
- Aus klimapolitischen Gründen muss sich die EU langfristig unabhängig machen von dem fossilen Energieträger Erdgas. Lehnen Sie Investitionen in CO₂-intensive Infrastrukturen wie Erdgaspipelines und -terminals ab, sofern sie nicht der Umstellung zu erneuerbarem Gas dienen. Unterstützen Sie Maßnahmen zur Kopplung der Verbrauchssektoren und der dezentralen Speicherung von Energie aus Erneuerbaren.
- Sorgen Sie für eine Unterstützung der sich im Transformationsprozess befindlichen Regionen. Der tiefgreifende Strukturwandel von einer von fossilen Energieträgern abhängigen Wirtschaft hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft muss struktur- und sozialpolitisch abgefedert werden. Bei der dringend erforderlichen Stilllegung von Kohlekraftwerken dürfen die Menschen in den Kohlerevieren nicht abgehängt werden.

- Nutzen Sie die Chance des „Brexit“ und des damit verbundenen Austritts von Großbritannien aus dem Euratom-Vertrag. Dieser sowie das nachgeordnete EU-Recht zur Atomsicherheit und das EU-Beihilferecht sind so zu ändern, dass insbesondere der zunehmenden Gefahr durch die Laufzeitverlängerungen alter grenznaher Atomkraftwerke Rechnung getragen wird.

DIE NACHHALTIGE INDUSTRIEWENDE UND RESSOURCEN-NUTZUNG ERMÖGLICHEN

Unendliches Wachstum ist in einer begrenzten Welt nicht möglich. Wir leben ressourcentechnisch „auf Pump“. Der Weg zur Nachhaltigkeit ist nur durch den konsequenten Umbau der Wirtschaft zu erreichen. Die Transformation der energieintensiven (Grundstoff-)Industrien muss zügig eingeleitet werden, um bis 2050 Klimaneutralität erreichen zu können. Zusammen mit anderen flankierenden Maßnahmen muss der EU-Haushalt bei der Transformation eine weit stärkere Rolle übernehmen.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Sorgen Sie dafür, dass sich Forschung und Innovation auf die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit und Gerechtigkeit ausrichten. Dabei reichen rein technologische Ansätze für Energiewende, Verkehrswende oder Agrarwende nicht aus. Sie können nur in einem systemischen Ansatz mit der Gesellschaft und mit sozialen Innovationen gelingen sowie mit einer Wirtschaft, die ihre Verantwortung für das Gemeinwohl zu tragen bereit ist.
- Setzen Sie sich für eine nachhaltige europäische Industrie- und Forschungspolitik ein, die insbesondere den Markteinstieg von neuen umweltverträglichen Zukunftstechnologien befördert. Sämtliche Forschungsförderungen für Projekte, die nicht im Einklang mit den Klimazielen von Paris und der UN-Nachhaltigkeitsagenda stehen, müssen beendet werden.
- Unterstützen Sie die Entwicklung umweltverträglicher Zukunftstechnologien, etwa Energiespeicher, energieeffizientere Produkte, Demand-Side-Management, digitale Anlagenfernsteuerung, langlebige und reparierbare Produkte, recyclingoptimierte Produkte oder auch Dienstleistungen, die Ressourcen in größerem Maße schonen.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU die Vermeidung von Abfall, die Reparatur und Wiederverwendung sowie das Recycling von Produkten intensiviert. Eine konsistente Kreislaufwirtschaft kann nur durch finanzielle Besserstellung von entsprechend designten Produkten und Dienstleistungen gelingen.
- Sorgen Sie über die EU-Plastikstrategie für einen nachhaltigen Umgang mit Kunststoffen, einer Regulierung von Mikroplastik sowie eine globale Produzentenverantwortung für Kunststoffanwendungen. Steuern Sie die Nutzung von Kunststoffen über Energiesteuern sowie Materialinputsteuern und implementieren Sie Mehrweganwendungen. Regulieren Sie die Diffusion von flüssigen Kunststoffen - d.h. Polymeren - über REACH.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die die Wiederverwendung von Materialien gefahrlos für Menschen und Umwelt macht. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen der verwendeten Materialien bekommen.
- Sorgen Sie für eine absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs in Deutschland und der EU. Hierfür bedarf es eines schrittweise abzusenkenden Ziels für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner.
- Achten Sie darauf, dass das Vorsorgeprinzip bei Subventionen oder Anreizen konsequent angewendet wird. Zum Beispiel ist die Besteuerung von Rohstoffen, aber auch einzelner Materialien sowie in einzelnen Wirtschafts- und Konsumsektoren denkbar.

DIE NACHHALTIGE VERKEHRSWENDE EINLEITEN

Der Verkehrssektor, und dabei insbesondere der Verbrennungsmotor, ist seit vielen Jahren das Sorgenkind der Klima- und Umweltpolitik, inzwischen sogar der europäischen Volkswirtschaften. Der motorisierte Individual- und Güterverkehr nimmt noch immer zu und geht einher mit hohen Treibhausgasemissionen. Regelmäßige Skandale wie verbotene Absprachen und systematische Manipulationen bei Abgasmessungen oder CO₂-Grenzwerten sowie anhaltende Belastungen der Menschen durch Lärm und Luftschadstoffe wie Stickoxide oder Feinstaub in unseren Städten belegen den enormen Handlungsbedarf. Milliarden an Steuersubventionen verschiedener Art und das Festhalten an überholten und überdimensionierten Infrastrukturplanungen stehen der Nachhaltigkeit entgegen.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Setzen Sie sich für eine umweltverträgliche Mobilität und lebenswerte Städte durch alternative Mobilitätskonzepte mit mehr Fuß-, Rad- sowie Öffentlichem Nahverkehr ein. Die Verkehrswende erfordert eine Verdopplung des Öffentlichen Verkehrs. Weniger motorisierter Verkehr bedeutet weniger Schadstoff- und Lärmemissionen und weniger Flächenbedarf, weniger Bodenzerstörung, mehr Verkehrssicherheit und letztlich eine höhere Lebensqualität.
- Nachhaltige Mobilität verlagert den Gütertransport von der Straße auf die Schiene und Wasserwege. Dabei müssen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Die Verlagerung schont das Klima und senkt die Belastung durch Lärm und Schadstoffe. Setzen Sie sich dafür ein, dass Steuergelder vor allem für den Ausbau und den Erhalt der Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Dafür sind faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern notwendig, und ein Anreizsystem zur Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene.
- Setzen Sie die Stärkung des europäischen Schienenfernverkehrs hoch auf die Agenda zur Stärkung Europas. Zu einer europäischen Eisenbahninitiative gehört ein Europapakt, eine Investitionsinitiative in grenzüberschreitende schnelle Fernzugverbindungen innerhalb und außerhalb der EU sowie eine Rahmensetzung zur besseren Kooperation der jeweiligen Eisenbahngesellschaften. Flankierende Maßnahmen zur Senkung der Trassenpreise unterstützen sowohl den Schienengüter- wie auch den Schienenpersonenverkehr.
- Setzen Sie sich für eine Senkung der Abgasbelastung aus der Schifffahrt ein und unterstützen Sie die Einrichtung einer Emissionskontrollzone für den gesamten europäischen Küstenraum. Der Nord- und Ostseeraum, in dem nur noch schwefelarmer Kraftstoff von max. 0,1 Prozent Schwefel verwendet werden darf, muss beispielgebend für Europa sein.
- Der Flugverkehr als mit Abstand klimaschädlichster Massenverkehrsträger nimmt in Europa weiter schnell zu, angetrieben u.a. durch die Befreiung von der Kerosinsteuer. Setzen Sie sich für eine europaweite Besteuerung von Kerosin sowie den Abbau von umweltschädlichen Subventionen im Verkehr ein. Sorgen Sie für die Einführung von ambitionierten CO₂-Grenzwerten für Lkw sowie eine kontinuierliche Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge auf Basis der realen Emissionen. Emissionsfreie Mobilität und ihre Verschränkung mit der Energiewende muss durch gezielte Anreize für die Verkehrswende gefördert werden.
- Sichern Sie frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung und die vollständige rechtliche Überprüfbarkeit von staatlichen Entscheidungen durch Klage- und Informationsrechte in Europa als Teil der Verkehrswende.

FÜR EINE NACHHALTIGE AGRARWENDE

Der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU kommt eine besondere Verantwortung beim Schutz unserer natürlichen Ressourcen zu, da land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen ca. 50 Prozent der Gesamtfläche Europas ausmachen. Durch die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und der Tierhaltung werden Böden, Wasser und Luft durch hohe Einträge von Nährstoffen, Klimagasen und Pestiziden erheblich belastet. Das hat zu einem dramatischen Verlust der Artenvielfalt geführt. Der massive Einsatz von Pestiziden trägt entscheidend zum Insektenrückgang von bis zu 80 Prozent bei. Doch gerade die bestäubenden Insekten sind unabdingbar für die Nahrungsmittelproduktion. Diese eindeutig negative Umweltbilanz steht den Anforderungen der globalen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung diametral entgegen. Es bedarf demnach dringender und grundlegender Veränderungen nach 2020 durch eine konsequente Reform der GAP.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Setzen Sie sich für eine neue Agrar- und Ernährungspolitik ein, die eine ökologisch-bäuerliche, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft mit regionalen Wertschöpfungsketten und strukturreichen Agrarlandschaften zum Leitbild hat. Stellen Sie die menschliche Gesundheit, die biologische Vielfalt und eine tiergerechte Haltung in den Mittelpunkt einer nachhaltigen Agrarpolitik. Fordern Sie ein EU-weites Export-Verbot von Tieren zur Schlachtung und eine deutliche Verkürzung der zulässigen Transportzeiten.
- Fordern Sie in der aktuellen Reformrunde der Gemeinsamen Agrarpolitik das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ ein, das gesellschaftlich breit diskutiert werden muss. Die pauschalen Flächenprämien sind schrittweise abzuschaffen. Fördermittel darf es nur noch für den Aufbau eines zukunftsfähigen Systems mit konkreten ökologischen Mindeststandards für definierte Leistungen in den Bereichen Umwelt, Klima, Wasser, Boden-, Natur- und Arten- und Tierschutz sowie zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft geben. Es bedarf einer attraktiven Vergütung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Naturschutz und für eine an den Umwelt- und Klimazielen orientierte Entwicklung ländlicher Räume. Landwirtschaftliche Methoden und Anbausysteme, die umfassend zu diesen Zielen beitragen – wie der ökologische Landbau, tiergerechte Haltungssysteme und die Weidehaltung – sind besonders zu unterstützen.
- Setzen Sie sich für hohe Umwelt- und Tierschutzstandards auf EU-Ebene und deren Vollzug auch in der Agrarlandschaft ein. Die für Umwelt- und Tierschutz sowie für Entwicklungspolitik zuständigen Ressorts sind bei der GAP-Planung auf den Ebenen von EU, Mitgliedstaaten und ggf. Regionen entscheidend einzubinden. Die Beteiligung aller relevanten Akteure der Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist sicherzustellen (Partnerschaftsprinzip).
- Machen Sie sich dafür stark, dass die Landwirtschaft künftig bei der Luftreinhaltungs- und Klimagesetzgebung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt. Denn die Landwirtschaft ist eine Hauptquelle klimarelevanter Treibhausgase, insbesondere Methan, sowie von Luftschadstoffen wie Ammoniak. Nur konkret definierte Minderungen schützen Klima, Böden, Gesundheit und Biodiversität.
- Sorgen Sie für eine deutliche Senkung des Einsatzes an Pestiziden und für eine Reform des EU-Zulassungsverfahrens. Die Prüfung von Pestizidwirkstoffen ist von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten durchzuführen und zu veröffentlichen. Kombinationseffekte verschiedener Wirkstoffe müssen in der Zulassungsprüfung ebenso berücksichtigt werden wie Umweltwirkungen und subletale Effekte. Ein Monitoring des Pestizideinsatzes mit besonderem Fokus auf die Artenvielfalt ist verbindlich vorzuschreiben. Schädliche Wirkstoffklassen wie zum Beispiel Neonikotinoide sind zu verbieten. Böden dürfen nicht zur Senke ganzer Pestizidgenerationen werden.

- Setzen Sie sich für eine Regulierung aller neuen Gentechnikverfahren nach dem EU-Gentechnikrecht ein, so dass das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind. Alle mit den neuen Verfahren erzeugten Pflanzen und Tiere müssen einer Risikoprüfung unterzogen werden, bevor sie auf den Markt gelangen. Setzen Sie sich für eine Kennzeichnung tierischer Produkte ein, die mit Gentech-Futtermitteln hergestellt wurden. Sorgen Sie für eine Harmonisierung der in verschiedenen EU-Ländern bereits bestehenden, unterschiedlich definierten „ohne Gentechnik“-Standards, um so einen einheitlichen Binnenmarkt zu gewährleisten. Setzen Sie sich für eine Wahrung der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln und im Saatgut ein.

FÜR EINE OFFENSIVE IM NATUR- UND ARTENSCHUTZ

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der für den Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Schadstofffreie Luft und Böden sind unabdingbare Voraussetzungen für qualitativ hervorragendes Trink- und Grundwasser, die Produktion gesunder Nahrungsmittel, jegliche wirtschaftliche Tätigkeit und das Wohlergehen von Menschen und Tieren. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen. Die Finanzierung der durch die EU ins Leben gerufenen Naturschutzmaßnahmen muss auch durch die EU selbst sichergestellt werden. Die EU als ein Hauptabsatzmarkt für lebende Wildtiere sowie viele Wildtierprodukte hat zudem eine zentrale Verantwortung, gegen Wilderei und die Plünderung bedrohter Arten vorzugehen.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Bestärken Sie das EU-Parlament, umgehend eine Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt für den Zeitraum nach 2020 zu erarbeiten.
- Setzen Sie sich für ausreichende Mittel in einem zweckgebundenen EU-Naturschutzfonds im Mehrjährigen Finanzrahmen ein. Dieser soll der Natura-2000-Finanzierung und der Förderung von weiteren Biodiversitätsmaßnahmen dienen, die insbesondere von Landnutzerinnen und -nutzern geleistet werden. Stärken Sie außerdem das LIFE-Programm nach 2020 als zielgerichtetes Förderinstrument, um innovative und experimentelle Projekte zum Schutz der Biodiversität zu unterstützen.
- Setzen Sie sich beim Fitness-Check der Wasserrahmenrichtlinie dafür ein, dass die Richtlinie und ihre nachgeordneten Rechtsakte nicht geöffnet und aufgeweicht werden. Fordern Sie stattdessen, dass die Wasserrahmenrichtlinie durch entsprechende Leitfäden konkretisiert und vollständig umgesetzt wird, damit ein guter ökologischer Zustand der Gewässer schneller erreicht wird. Verhindern Sie eine Abschwächung der Ziele. Sorgen Sie für eine Kohärenz in anderen europäischen Politikfeldern, insbesondere Verkehr, Landwirtschaft und Chemie, die den Zielen der WRRL angepasst werden müssen.
- Verstöße gegen das EU-Umweltrecht müssen zeitnah erkannt und konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren geahndet werden. Hierfür müssen die Kapazitäten und Kompetenzen der EU-Kommission signifikant gestärkt werden, auch in der Fernerkundung.

- Widersetzen Sie sich jedem Versuch, das geltende EU-Umweltrecht aufzuweichen oder zu verwässern und zum Beispiel der Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs zuzustimmen. Sorgen Sie für die Aufrechterhaltung und die konsequente Umsetzung des Schutzstatus des Wolfs und anderer großer Beutegreifer. Koexistenz von Mensch und Wildtier ist möglich, Wolf und Weidehaltung schließen sich nicht aus. Machen Sie sich daher stark für eine geeignete finanzielle und praktische Unterstützung der Weidetierhalter, insbesondere der Schäferei, die einen essentiellen Beitrag zum Arten- und Naturschutz leistet.
- Sorgen Sie für einen Schutz der Böden vor Versiegelung durch Beton sowie Verlust durch Erosion und Vernichtung durch eine unangepasste landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Böden sind voller Lebewesen, enthalten gigantische Kohlenstoffvorräte und oft Jahrhunderte alt – sie sind die „Regenwälder Europas“.
- Sorgen Sie dafür, dass durch ein zweckgebundenes Budget transeuropäische grüne Korridore (TEN-G) für den Biotopverbund entwickelt werden. Sie sollten analog zum Transeuropäischen Netzwerk für Energie (TEN-E) bzw. für Transport (TEN-T) durch die „Connecting Europe“-Fazilität gefördert werden.
- Entwickeln Sie den derzeitigen Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) zu einem nachhaltigen Meeresschutzfonds weiter. Verstärken Sie die Förderung alternativer Fanggeräte, die es Fischern ermöglichen, umweltschonend zu fischen und faire Preise für nachhaltige Produkte zu erwirtschaften. Setzen Sie sich für eine effektive und ökologische Umsetzung der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik der EU ein und bekennen Sie sich zu dem Ziel der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, den guten Umweltzustand der europäischen Meere bis spätestens 2020 zu erreichen. Die Grundlage dafür bildet ein kohärentes und gut gemanagtes Schutzgebietsnetzwerk mit ausreichend ungenutzten Flächen, die bedrohten Arten und Lebensräumen als wichtige Rückzugsräume dienen.
- Sorgen Sie für eine Reduktion des Unterwasserlärms in unseren Meeren entsprechend der Forderung in der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Machen Sie sich stark für ein engagiertes Vorgehen gegen die Vermüllung der Ozeane im Rahmen der EU-Plastikstrategie, der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und der Aktionspläne der regionalen Meeresschutzübereinkommen OSPAR und HELCOM. Das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmüll einträge bis zum Jahr 2020 ist nur über ambitionierte Maßnahmen der Ressourcenschonung und Müllvermeidung, der Abfallbewirtschaftung, der ökologischen Produktentwicklung und -substitution zu erreichen.
- Stoppen Sie alle Vorhaben und politischen Initiativen zum Abbau mineralischer Ressourcen in der Tiefsee und setzen Sie sich für ein konsequentes Verbot des kommerziellen Walfangs ein.
- Setzen Sie sich für ein europa- und weltweites Verbot des Elfenbeinhandels sowie für einen „EU Lacey Act“ ein – eine EU-Verordnung, die den Import, Besitz und Verkauf von Tieren verbietet, die in ihrem Heimatland illegal eingefangen und exportiert wurden. Derzeit können Tierschmuggler in Europa solche Tiere offen und legal verkaufen, sofern sie nur national im Herkunftsland, nicht aber durch CITES bzw. die EU-Artenschutzverordnung geschützt sind.

FÜR EINE STÄRKUNG VON UMWELT UND GESUNDHEIT IN EUROPA

Die globalen Kosten aufgrund der Schadeinwirkungen von Chemikalien liegen bei mehr als zehn Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP). Das 2007 eingeführte zentrale Gesetzeswerk des EU-Chemikalienrechts, REACH, steht derzeit auf dem Prüfstand. Das Potential von REACH ist im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung bei Produktion und Umgang mit gefährlichen Stoffen längst nicht ausgeschöpft. Die europäische Strategie für eine giftfreie Umwelt könnte bedeutende ökologische Erfolge und mehr Gesundheitsschutz für die Menschen bringen und als

Anstoß für ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen der Welt dienen. EU-weit sterben über 430.000 Menschen frühzeitig aufgrund von Luftverschmutzung. Ab 2025 gelten gemäß der nationalen Emissionsrichtlinie (NEC) strengere Emissionsgrenzwerte für Luftschadstoffe.

FORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGEN ABGEORDNETEN DES EU-PARLAMENTS

- Stellen Sie die Gesundheit der Menschen in der EU in den Mittelpunkt der Überarbeitung der Chemikaliengesetzgebung und –strategie, und nicht rein ökonomische Interessen der Wirtschaft. Achten Sie darauf, dass dies nicht auf Kosten des Tierschutzes geschieht. Setzen Sie sich für ein weltweites Verbot von Tierversuchen für Kosmetika und für eine konsequente Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie durch die Mitgliedstaaten ein.
- Setzen Sie sich ein für eine effektive Umsetzung der Chemikalienverordnung REACH im Sinne der Nachhaltigkeitsziele 2020. Besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) müssen nach dem Vorsorgeprinzip reguliert und durch sichere Alternativen ersetzt, das in REACH garantierte Verbraucherauskunftsrecht entsprechend gestärkt werden.
- Setzen Sie sich für eine bessere Abstimmung der Legislativen zu Chemikalien, Produkten und Abfall im Sinne der Nachhaltigkeit und einer sauberen Kreislaufwirtschaft ein. Gefährliche Stoffe in Konsumprodukten gehören nach dem Vorsorgeprinzip reguliert und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Das Verursacherprinzip muss greifen; es darf nicht sein, dass die Gesellschaft die Reparaturkosten für Umweltbelastungen durch die Wirtschaft trägt.
- Unterstützen Sie eine strikt am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen (endokrine Disruptoren, ED) in verbrauchernahen Produkten. Setzen Sie sich für die Ausweitung des französischen Verbots von Bisphenol A (BPA) in Lebensmittelverpackungen auf die gesamte EU ein. Das im Pestizidrecht festgeschriebene präventive Verbot für hormonschädliche aktive Substanzen muss unangetastet bleiben.
- Setzen Sie sich beim Fitness-Check der Richtlinie zur Luftqualität für höhere Luftqualitätsstandards und eine Verringerung der Luftverschmutzung ein.
- Achten Sie bei Gesetzgebungsprozessen auf die Wahrung und Einhaltung des europäischen Vorsorgeprinzips. Europas Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass dem Schutz von Umwelt und Gesundheit höhere Priorität eingeräumt wird als wirtschaftlichen Interessen.

KONTAKT

BJELA VOSSSEN Leiterin DNR EU-Koordination

Tel: +49 (0)30/6781 775-85

bjela.vossen@dnr.de | info@dnr.de | www.dnr.de

Der Deutsche Naturschutzring ist der Dachverband von 89 deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, die zusammen elf Millionen Menschen erreichen. Die unter dem Dach des DNR zusammengeschlossenen Organisationen einen die Ziele, biologische Vielfalt und natürliche Ressourcen zu schützen, den Klimawandel zu bekämpfen und für eine nachhaltige und umweltgerechte Wirtschaftsweise einzutreten.

Stand: 07/2018